

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 19

Rubrik: Lob des schweizerischen Wehrwillens

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lichkeit des Interessenausgleichs nicht zu. Bei ihnen diktiert eine Klasse; es muss nicht unbedingt das Proletariat sein. Aber Diktat bringt keinen Frieden, und reifer Pazifismus darf nicht diktieren oder dominieren. Wir können auch sagen, der Pazifismus wird unreif oder krankhaft, aggressiv, wenn er sich gewaltsamer Methoden bedient.

Friede als Krieg gegen Ausbeutung oder Friedensdefinition als Aggressionsalibi

Die Sicherung des Friedens ist in der modernen, komplexen Gesellschaft zu einer sehr differenzierten Aufgabe geworden. Schon das Wort Frieden wird verschieden verstanden. Für den einen ist Frieden das Fehlen jeder Aggression, eine utopische Definition. Für die meisten heisst Frieden heute das Fehlen von Krieg, Bürgerkrieg oder ähnlichen Zuständen.

«Kritische Friedensforscher», wie etwa Galtung und Senghaas, betrachten als Frieden nur den Zustand, der sich um Aufhebung von Ausbeutung und Diskrimination bemüht. Eine antikononialistische Guerillakampfführung ist nach dieser Definition Frieden und vielleicht sogar Ziel der Friedensforschung oder -bemühungen.

Wenn aber die Friedenssicherung komplex geworden ist, dann kann sie nur gelöst werden, wenn die Auseinandersetzung verschiedener Meinungen gesichert ist. Eine moderne Gesamtverteidigung kann nicht Sache der Armee allein sein. Dieser Primat der Politik über das Militär ist in den westlichen Demokratien schon lange erkannt worden.

Armee und Politik z. B. in der Schweiz: der Wehrdienst als notwendiges Uebel

Bei uns hat sich die Armee nie über die Politik gestellt. General Guisan wünschte zum Beispiel wiederholt, von der Verantwortung für die Pressezensur entlastet zu werden; er sah darin eine politische und keine militärische Funktion. Die heutige Armeeführung sieht die Gesamtverteidigung als eine politische Aufgabe, in der die Armee nur eine wichtige Teilrolle spielen kann. Im umfassenden Sanitätsdienst werden heute militärische Formationen den Chefarzten von Zivilspitälern unterstellt.

Die Milizarmee fördert diese Entwicklung, denn jeder Wehrmann ist zuerst einmal Staatsbürger und nur Soldat auf Zeit. Wehrdienst wird als notwendiges Uebel geleistet, bis der Friede wieder gesichert ist. Es besteht geringe Gefahr einer Militärkaste, die im Kampfe an sich ihren Lebensinhalt sieht. Wir sind uns der Gefahr des Militarismus bewusst und halten ihn in Schranken.

So konnte die Schweiz auch militaristischen Tendenzen, vor allem in der Form unüberlegter Kriegseintritte kurz vor feststehenden Siegen, widerstehen. 1871 hätte man sich französische Gebiete aneignen können, 1918 und 1945 deutsche oder österreichische. Aber man muss solche Gedanken nur nennen, um zu spüren, wie absurd sie sind.

Der aggressive Pazifismus: Monopolanspruch auf Friedenssicherung

Wenn eine moderne Friedenssicherung eine komplexe Aufgabe geworden ist, die nur noch in demokratischer Weise politisch gelöst werden kann, dann ist jeder Versuch, die Friedenssicherung zu dominieren, unreif, zerstörerisch, aggressiv oder autoritär. Der aggressive Pazifismus will seine Ansicht ohne Bereitschaft zum Kompromiss durchsetzen. Dies beginnt damit, dass der aggressive Pazifismus das Friedensstreben monopolisiert.

Der Friedensrat und die Kriegsverweigerungsorganisationen geben vor, dass nur sie den Frieden wollen.

Das ernsthafte Friedensbemühen der politischen und militärischen Behörden, der Staatsbürger und Wehrmänner wird negiert und zum Militarismus herabgewürdigt. Wer Militärdienst leistet, tue dies nur aus Freude am Kampf, sei also Militarist. Die immerhin historisch bewiesene Friedensleistung der schweizerischen Politik und der von ihr bestimmten Armee wird entweder bestritten oder als überlebt beiseite geschoben. 1856 im Neuenburger Handel unterliess Preussen im letzten Augenblick den schon vorbereiteten Angriff auf die Schweiz, weil es den militärischen Preis als zu hoch betrachtete und weil England energisch zu unsern Gunsten intervenierte. 1870/71, 1914—1918 und 1939—1945 konnten wir neutral bleiben, und wiederum war es eine Vielfalt von Faktoren, darunter aber nicht zuletzt unsere militärische Abwehrkraft, die den Frieden zu bewahren vermochte.

Diese Erfahrungen müssen vom aggressiven Pazifismus negiert werden. Würde er sie anerkennen, müsste er sich einem Gespräch über wirksame Friedenssicherung stellen. Dieses Gespräch würde vor allem einmal nach den friedenssichernden Leistungen des aggressiven Pazifismus fragen. Sogleich würde der Sieg der Gewaltlosigkeit betont.

Der Widerstand durch Gewaltlosigkeit setzt sich nur gegenüber dem durch, der sie respektiert

Es gibt historisch beachtenswerte Beispiele für den Sieg der Gewaltlosigkeit. Die Christen setzten sich gegenüber Rom durch, Ghandi gegenüber England. Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung erreichte auch viele gewaltlose Erfolge. Aber Rom brachte

Lob des schweizerischen Wehrwillens

Unterstützung für die schweizerische Wehrbereitschaft bekundet die chinesische Agentur Hsinhua in einem Beitrag, der am 25. August unter dem Titel «Neutrale Länder Westeuropas verstärken Verteidigung gegen Bedrohung durch die Sowjets» erschienen ist.

Mehrere neutrale Länder in Westeuropa sind im Begriff, ihre Landesverteidigung zu verstärken. Sie hegen ernste Zweifel am sogenannten «dauerhaften Frieden» und an der angeblichen «Entspannung». Sie sehen, wie ihre Unabhängigkeit und Sicherheit zunehmend bedroht wird durch die immer intensivere Rivalität der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten um die Vorherrschaft in Europa. Argwohn erwecken insbesondere die beschleunigte Waffenexpansion und die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion.

Einige Zeitungen in Oesterreich und in der Schweiz haben kürzlich deutlich darauf hingewiesen, dass die Europäer «nicht auf einer glücklichen Insel leben», wo sie immerwährenden Frieden geniessen könnten. Auch sei «die Neutralität selbst keine Sicherheitsgarantie».

Um die falschen «Sicherheits»-Gefühle zu zerstreuen, die bei manchen Leuten in den betreffenden Ländern immer noch vorkommen, haben Militär- und Regierungssprecher von Schweden, der Schweiz und von Oesterreich neuerdings die Notwendigkeit unterstrichen, angesichts der sowjetischen Bedrohung die Verteidigungskräfte zu stärken. Stig Synnergren, der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, hat seit Beginn dieses Jahres verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass die massive Expansion militärischer Macht in der Nord- und Ostsee durch die Sowjets die Sicherheit von Schweden und andern nordischen Ländern gefährdet. Solange die Grossmächte den Krieg vorbereiten, sagte er, müssten auch die kleinen Länder sich rüsten, um nicht unvermittelt verschlungen zu werden.

Am Gipfeltreffen der Europäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki sprach der schweizerische Bundespräsident Pierre Graber. Er betonte, dass kleine europäische Länder fortwährend dem «Druck der grössten Mächte» ausgesetzt gewesen

seien, und betonte: «Sicherheit ist unvereinbar mit dem gegenwärtigen Anschwellen des militärischen Potentials auf unserem Kontinent.» Demzufolge sei es für die Schweiz immer noch unerlässlich, «eine Landesverteidigung beizubehalten, die der Herausforderung moderner Kriege gewachsen ist».

(Nach Hinweisen auf die Lage in Oesterreich und Schweden fährt der Bericht fort:)

Die Schweiz, deren permanente Neutralität 1815 verkündet wurde, verstärkt ihre Verteidigungsbereitschaft ebenfalls. Rudolf Gnägi, der dem Militärdepartement des Bundes vorsteht, hat zu einer Politik der «totalen Verteidigung» aufgerufen. Alle männlichen Schweizerbürger zwischen 20 und 50 Jahren sind jetzt (sic) verpflichtet, in regelmässigen Zeitabständen militärische Ausbildung zu betreiben. Auf diese Weise können im Falle einer feindlichen Invasion mindestens 600 000 Zivilisten mobilisiert werden. Im weiteren hat die schweizerische Regierung Pläne ausgearbeitet, um den Kampf gegen Aggressoren im Gebirge zu führen, dies unter Ausnützung der Alpentopographie im Süden des Landes. Auch sind Massnahmen getroffen worden, um die Artillerieausrüstung zu erneuern, die Panzerabwehr zu verstärken, die Luftstreitkräfte aufzuwerten und die Oelreserven zu vergrössern.

Sowohl die Schweiz als auch Schweden haben Luftschutzanlagen für die Zivilbevölkerung gebaut.

Alle diese Anstrengungen kleinerer Länder vermögen zu zeigen, dass die Westeuropäer in wachsender Zahl die Bedrohung durch den Polarbären wahrnehmen. Sie bereiten sich darauf vor, sich selbst zu verteidigen, und lassen sich durch die Spannungsrhetorik der Breschnew-Clique nicht irreführen. ■